

Summary: Digital technologies may improve the representation of minority groups. Analyses on recent local elections in Brazil show that such technologies enable a sharing of experiences before and after elections, which may turn descriptive representation more responsive to the interests of groups historically absent from political competition.

Kurz gefasst: Die Digitalisierung kann dazu beitragen, politische Repräsentation inklusiver zu machen. Analysen der Kommunalwahlen von 2018 in Brasilien zeigen, wie neue Medien das Teilen von Erfahrungen fördern, und zwar im Wahlkampf und in der Ausübung politischer Ämter. Deskriptive Repräsentation nimmt so die Interessen von Gruppen besser auf, die traditionell aus dem politischen Wettbewerb ausgeschlossen waren.

Neue Präsenz durch neue Medien In Brasilien macht Digitalisierung vorher Unterrepräsentierte sichtbar

Thamy Pogrebinschi und Iná Chaves

In ihrem wegweisenden Buch über politische Repräsentation schrieb die amerikanische Politikwissenschaftlerin Hanna Pitkin schon 1967: „Repräsentation bedeutet, etwas präsent zu machen, was eben nicht tatsächlich präsent ist.“ Wer die Praxis von Repräsentation beschreiben will, muss sich bis heute mit diesem grundlegenden Paradox auseinandersetzen. Zwei Formen der politischen Stellvertretung lassen sich unterscheiden: „Substantielle Repräsentation“ stellt die Interessen jener ins Zentrum, die repräsentiert werden, und zielt darauf ab, ihre ideologische Position abzubilden, unabhängig von ihrer Gruppenzugehörigkeit. „Deskriptive Repräsentation“ dagegen stellt die Eigenschaften der Repräsentierten ins Zentrum und gibt die geteilten Erfahrungen wieder, die aus der Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen stammen. Während substantielle Repräsentation den Repräsentant*innen größere Freiheit zugesteht, will deskriptive Repräsentation größere Gleichheit unter den Repräsentierten herstellen. Oft wird deskriptive Repräsentation deshalb mit dem Ideal der Stärkung von Minderheiten verbunden. Die britische Politikwissenschaftlerin Anne Philipps spricht von einer „Präsenz-Politik“, also der Idee, dass Gruppen, die sich über geschlechtliche oder ethnische Identität definieren, Repräsentant*innen brauchen, die zu eben diesen Gruppen gehören.

Nun ist es unbestreitbar wichtig für die Demokratie, dass Minderheitengruppen in den politischen Institutionen vertreten sind. Aber diese Tatsache allein garantiert nicht, dass sie wirklich repräsentiert werden. So wichtig es zum Beispiel ist, dass es anteilig so viele weibliche Abgeordnete gibt wie Frauen im Land – sie müssen auch die tatsächlichen Interessen von Frauen vertreten. Jane Mansbridge hat auf die zentrale Rolle einer gemeinsamen Erfahrungsbasis hingewiesen. Diese garantiert eine Repräsentation, die den Interessen und Eigenschaften der Repräsentierten verpflichtet ist.

Digitale Technologien, die aktuell eine immer größere Rolle spielen, können im Wahlkampf und in der politischen Praxis maßgeblich dazu beitragen, Repräsentation zu verbessern. Präsenzpolitik kann durch verschiedene Mittel, wie zum Beispiel Quoten, verfolgt werden, und soziale Medien und digitale Technologien können sie vielfach stärken. Wenn das Internet nicht für Desinformation und Fake News missbraucht wird, eröffnet es neue Wege dafür, dass Menschen gezielter durch andere vertreten werden können. Die gemeinsame Erfahrungsbasis entsteht vor und nach Wahlen auf digitalem Wege.

Wir argumentieren in diesem Artikel, dass digitale Technologien Kommunikationsbarrieren im Wahlkampf abbauen und dass sie die Partizipation der Repräsentierten nach den Wahlen, also ihre Mitsprache bei dem, wie Gewählte ihr Amt ausüben, ausweiten. Digitalisierung stärkt also deskriptive Repräsentation und macht aus ihr eine responsivere Form von substanzieller Repräsentation, die den Repräsentierten mehr Präsenz verleiht. Wir behaupten, dass das Internet das Potenzial hat, Frauen, Schwarze, Indigene, LGBTQ und andere Gruppen, die im Wahlkampf und in politischen Institutionen lange abwesend waren, präsent zu machen. Digitale Technologien können Repräsentation fairer, reaktionsfähiger und demokratischer machen – umso mehr in Ländern wie Brasilien, in denen soziale Ungleichheit und struktureller Rassismus bisher in großem Umfang zu politischer Ausgrenzung geführt haben. Unsere Erkenntnisse beruhen auf zwölf Interviews, die wir mit Wahlkampf-Verantwortlichen, mit Kandidat*innen der Kommunalwahlen von 2020 und mit gewählten Vertreter*innen von Minderheiten in vier brasilianischen Bundesstaaten geführt haben.

Das Beispiel Brasilien

Bei den Kommunalwahlen von 2020 gab es eine auffällige Zunahme von Schwarzen, weiblichen, transsexuellen und indigenen Kandidat*innen. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes gab es mehr Kandidaturen von Schwarzen (49,9 Prozent) als von weißen Menschen (48,1 Prozent). Kandidaturen von Frauen nahmen nur leicht zu und liegen jetzt bei 33,4 Prozent (ein eher niedriger Anteil bei 52,5 Prozent weiblicher Wahlberechtigter in Brasilien). Kandidaturen von Transsexuellen nahmen im Vergleich zur vorangegangenen Wahl um 226 Prozent zu, indigene um 25 Prozent. All diese Gruppen waren in kollektiven Kandidaturen stark vertreten. Diese Form der Kandidatur wird in Lateinamerika immer häufiger: Bei einem kollektiven Mandat teilen sich mehrere Personen, meist mit unterschiedlichen Positionen und aus Minderheiten stammend, einen Sitz. In Brasilien gab es 2020 257 solcher Kandidaturen, gegenüber nur 13 im Jahr 2016.

Die signifikante Zunahme von Kandidaturen aus Minderheitengruppen ist auf eine Reihe neuer juristischer Regelungen wie Quoten, Zuschüssen zu Kampagnen und Wahlwerbungszeit in Radio und Fernsehen für Frauen und Schwarze zurückzuführen. Allerdings nahm die Zahl der Gewählten nicht im gleichen Umfang zu. Im Vergleich zu 2016 wurden 2,5 Prozent mehr Frauen in Gemeinderäte gewählt, und es gab 3 Prozent mehr Schwarze Bürgermeister*innen. 23 Prozent mehr Schwarze Frauen saßen in Gemeinderäten, fast viermal so viele Trans-Personen wurden gewählt, es gab viermal so viele indigene Bürgermeister*innen.

Unsere Interviews zeigen klar die große Rolle digitaler Technologien bei der Kandidatur von Personen aus Bevölkerungsgruppen, die traditionell im politischen Wettbewerb nicht vertreten waren. Digitale Technologien erleichtern den Zugang zu Informationen über Wahlregeln und das Funktionieren von Parteien sowie den Zugang zu Ressourcen für die Planung und Umsetzung von Kampagnen. Sie reduzieren Kosten – zum Beispiel, weil weniger Reisen nötig sind oder gedrucktes Werbematerial wegfällt – und sie erweitern die Möglichkeiten der Finanzierung, etwa über Crowdfunding. Persönliche und institutionelle Netzwerke werden größer, damit steigt auch die Zahl der Unterstützer*innen, und schließlich wird es leichter, den Wahlkampf transparent und überprüfbar zu gestalten.

Natürlich garantieren digitale Technologien immer noch nicht den Erfolg einzelner Kandidat*innen. Dieser hängt immer noch wesentlich von anderen Merkmalen des Wahlsystems und der Parteien ab, etwa von den (nicht nur finanziellen) Ressourcen, die die Parteien einzelnen Kandidat*innen zugestehen. Aus den Interviews und sonstigen Beobachtungen im Wahlkampf können wir aber erkennen, wie digitale Technologien die Präsenz von Kandidatinnen und Kandidaten verändern. Kandidaturen, die sonst nicht zustande kämen, werden machbar und sichtbar, weil kommunikative Barrieren wegfallen und Inklusion leichter wird. Außerdem stärken sie die substanzielle Repräsentation, weil Erfahrungen leichter teilbar werden. Wähler*innen können sich direkter am politischen Prozess beteiligen; der Prozess wird somit responsiver.



Thamy Pogrebinschi ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Demokratie und Demokratisierung und Koordinatorin des Projekts LATINNO.
[Foto: David Ausserhofer]

thamy.pogrebinschi@wzb.eu



Iná Chaves war Gast in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung im Projekt LATINNO. Derzeit arbeitet sie als Beraterin im Department of Electoral Observation and Cooperation bei der Organization of American States in Washington D.C. *[Foto: privat]*

Weniger Barrieren in der Kommunikation

Durch das Internet wird die öffentliche Diskussion vielfältiger. Sie schließt jetzt auch Minderheiten ein, die im politischen Raum traditionell marginalisiert sind. Ein Schwarzer Kandidat für den Stadtrat einer brasilianischen Großstadt sagte uns, Schwarze Kampagnen seien normalerweise unmachbar, weil sie unsichtbar gemacht würden. Dieser Unsichtbarkeit in den Mainstream-Medien können digitale Technologien entgegenwirken. Digitale Technologien ermutigen Menschen aus Minderheiten zu kandidieren, denn sie machen sie sichtbarer und ermöglichen es ihnen, Vorurteile zu bekämpfen. Online-Plattformen sind leichter zugänglich als traditionelle Kommunikationskanäle. Sie sind eher horizontal angelegt und dadurch demokratischer: Sie öffnen einen Raum für die direkte Kommunikation zwischen Kandidat*innen und Wähler*innen. Menschen, die nie dachten, zum politischen Feld zu gehören, bekommen Möglichkeiten, sich zu zeigen. Alle Interviewten betonten die zentrale Rolle der Digitalisierung in ihren Wahlkampagnen. Eine politische Laufbahn ist kostspielig und erfordert Infrastruktur; die neuen Technologien machen diese Hürde niedriger. Außerdem brauchen politische Kampagnen Zeit. Auch hier helfen digitale Technologien: Dasselbe Individuum kann zu verschiedenen Zeiten an verschiedenen Orten zugleich präsent sein. Eine unserer Interviewten, eine indigene Kandidatin in einer kollektiven Kandidatur, berichtete, dass sie WhatsApp nutzte, um mit indigenen Dörfern zu kommunizieren, die während ihres Wahlkampfes andernfalls nicht zu erreichen waren.

Die Zeit für einen Wahlkampf ist letztendlich ziemlich kurz, und jede*r Kandidat*in hat viele Aufgaben, vor allem, wenn er oder sie keine Partei im Rücken hat. Eine gewählte Stadträtin erzählte, dass sie in einem früheren Wahlkampf (auf Bundesebene) die Hälfte ihrer Stimmen in Städten erhalten hatte, die sie nicht besuchen konnte, in denen sie aber durch soziale Netzwerke präsent war.

Bessere Einbindung der Basis

Wenn es mehr politische Subjekte gibt, gibt es auch mehr politische Themen. Digitale Medien haben das Potenzial, Streiträume bunter zu gestalten, sie bieten Gelegenheiten zur Vielfalt. Sie erhöhen die Reichweite vorher marginaler Anliegen und schaffen ein politisches Universum, das die Vielfalt des Wahlvolks besser widerspiegelt. Die Einbeziehung neuer Diskurse sorgt für bessere Repräsentation, sie greift die Probleme weiter Teile der Bevölkerung auf, die bislang am Rand der politischen Tagesordnung lebten.

Am politischen Leben mehr als nur durch Wahlen teilzunehmen, ist eine komplexe Herausforderung, aber das Internet bietet eine große Zahl von Kanälen, Werkzeugen und Plattformen. Viele Menschen haben nicht die Möglichkeit, sich an parlamentarische Vertreter*innen zu wenden oder während normaler Arbeitszeiten zu protestieren. Aber sie können online partizipieren, indem sie E-Mails an ihre Abgeordneten schreiben, ihre gesetzgeberischen Tätigkeiten überwachen oder kommentieren, in direkten Dialog mit ihnen oder mit anderen Wähler*innen treten oder sogar Gesetzesvorschläge mit erarbeiten.

Unter den von uns Interviewten waren zwei Frauen in verschiedenen Regionen des Landes, die berichteten, dass digitale Technologien ihnen ganz entscheidend dabei helfen, ihr Mandat partizipativ auszuüben. Sie seien dadurch besser in der Lage, ihre Wähler*innen und speziell die Frauen unter ihnen zu vertreten. Eine von ihnen schuf eine Online-Plattform, wo Bürger Vorschläge einreichen und Gesetzesentwürfe bewerten, Beschwerden registrieren und Auskünfte erfragen können. Die andere erzählte, sie veranstalte öffentliche Anhörungen, Treffen mit der Zivilgesellschaft und Plenarsitzungen, in denen Gesetzesvorschläge diskutiert werden.

Indem sie bürgerschaftliches Engagement zugänglicher und demokratischer macht, stärkt die Digitalisierung die Wahrnehmung von Zugehörigkeit. Dieses Gefühl, mit der Politik verbunden zu sein, ist eine machtvolle Ressource für Mobilisierung und Engagement. Der einfache Zugang zu Online-Tools erlaubt es

Wählerinnen und Wählern, gehört zu werden und zu erleben, dass ihre Teilnahme zu konkreten Ergebnissen führt. Das Wissen, dass bisherige und auch zukünftige Wähler*innen ihre Aktivitäten auf digitalem Wege beobachten können, bringt Kandidat*innen und Gewählte dazu, ihren Anliegen zu entsprechen und möglichst wirksam zu agieren.

Grenzen und Möglichkeiten

Die Grenzen digitaler Werkzeuge anzuerkennen, ist genauso wichtig, wie ihr Potenzial hervorzuheben. Obwohl in Brasilien weltweit mit am meisten Internetnutzer*innen leben, hat ein Drittel der Bevölkerung keinen Zugang zum Internet. Hier reproduzieren sich immer noch Dynamiken sozialer Ungleichheit. Außerdem bleibt es eine Herausforderung, digitale Mobilisierung in die analoge Welt zu übersetzen. Digitaler Aktivismus hat praktische Grenzen; Likes, Shares und Followerzahlen entsprechen nicht unbedingt der Intensität echter Begegnung. Die Frage, wie die Macht der Netzwerke auf die Straße gebracht werden kann, bleibt offen.

Die Vielfalt von digitalen Kanälen ist groß, doch die institutionelle Trägheit der Politik ist es ebenso. Kandidaturen sind immer noch mit hohen Kosten verbunden, und die Parteien folgen weiterhin ihrer eigenen Logik. Es gibt einen bedenklichen Abstand zwischen dem Tempo der technologischen Entwicklung und der Langsamkeit des institutionellen Wandels.

Doch das Potenzial der digitalen Technologien, Menschen und Themen, die bislang von der öffentlichen Debatte ausgeschlossen waren, aufzunehmen, ist riesig. Das Internet bringt die Gesellschaft näher an die politischen Entscheidungsprozesse heran, es demokratisiert Diskussionen, es verringert institutionelle Barrieren. Es öffnet Räume für neue politische Subjekte und Themen und trägt so zu enormem politischem Wandel bei.

Literatur

Mansbridge, Jane: „Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent ‚Yes‘“. *The Journal of Politics*, 1999, Jg. 61, H. 3, S. 628–657.

Phillips, Anne: *The Politics of Presence*. Oxford: Oxford University Press 1998.

Pitkin, Hanna: *The Concept of Representation*. San Francisco: University of California Press 1972.